

Datteln und das neue Denken

Kohle, Gas, Sonne oder Wind: Was folgt aufs Atom?

30. März 2011 – Eigentlich ging es um eine schnelle Fertigstellung des neuen Blocks 4 des Kohlekraftwerks Datteln (Drs. 15/1547). Denn dieser, so die antragstellende CDU, sei allemal effizienter und sauberer als Altanlagen der „kalten Reserve“. Für rechtlich schwierig hielten dies SPD und Grüne und verwiesen auf den geltenden Baustopp. Vor dem Hintergrund eines Ausstiegs aus der Kernenergie geriet die Debatte dann zur Generalaussprache darüber, ob man jetzt erst einmal in effizientere Kohlekraftwerke oder doch direkt in alternative Energiestrukturen investieren sollte.

Bei einem Ausstieg aus der Kernenergie müssten die entstehenden Stromlücken geschlossen werden, meinte **Hendrik Wüst** (CDU), und „spätestens da hört das Wunschkonzert auf“. Immerhin sei Kernenergie unbestritten die CO₂-emissionsärmste konventionelle Form der Stromerzeugung. Bereits durch das dreimonatige Moratorium werde so viel CO₂ zusätzlich ausgestoßen wie im ganzen Jahr durch erneuerbare Energien eingespart werden könne. Es fehlten effiziente neue Kohlekraftwerke, so Wüst. Man müsse daher „neu denken“. Das betreffe die Windkraft, aber eben auch das geplante Steinkohlekraftwerk Datteln, den Ausbau der Energienetze oder Pumpspeicherkraftwerke.

Es gehe nicht darum, ob man Datteln wolle oder nicht, entgegnete **Thomas Eiskirch** (SPD). Es gehe darum, dass die alte Landesregierung das entsprechende Planungsverfahren „versaubeutelt“ habe, wie es ein Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichts bestätige. „Wenn es nicht klappen kann, liegt das bei Ihnen, nicht bei uns“, betonte der SPD-Sprecher seine grundsätzliche Zustimmung zum Kraftwerksneubau. Ebenso befürwortete er neue Übertragungskapazitäten und Pumpspeicherkraftwerke. Eiskirch kündigte an, das geplante neue Klimaschutzgesetz werde ein „richtiges Industrieunterstüt-

zungsgesetz“ für Nordrhein-Westfalen, um die Chancen des Wandels zu nutzen.

In NRW könnten neue Kohlekraftwerke ohne Probleme errichtet werden, verwies **Wibke Brems** (Grüne) auf entsprechende Baustellen in Hamm, Duisburg, Lünen und Neurath. Die Stromversorgung hänge nicht an „Datteln“ und generell nicht an „trägen“ Kohlekraftwerken. Notwendig seien jetzt Lösungen basierend auf Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung, die schwankende Strommengen aus erneuerbaren Energien schnell ausgleichen könnten. Außerdem müssten „intelligente Netze“ geschaffen werden, um den Netzausbau so gering wie möglich zu halten. Und schließlich komme es generell auf die Senkung des Energiebedarfs an, damit Ressourcen eingespart werden könnten.

Durch die Ereignisse in Japan werde es schneller zu Veränderungen in Deutschland kommen müssen, stimmte **Dietmar Brockes** (FDP) zu. Daher passe auch seine Partei ihre Position an die neuen Gegebenheiten an. Gleiches müsse aber auch für die Düsseldorfer Regierungskoalition gelten, zum Beispiel mit Blick auf das Kraftwerk in Datteln. Der vorgesehene neue Block 4 könnte drei alte Blöcke ersetzen, damit den CO₂-Ausstoß um 30 Prozent verringern und so ei-

nen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, argumentierte Brockes. Wenn man schneller aus der Kernenergie aussteigen wolle, so bedeute dies, dass Kohlekraftwerke wieder rentabler würden.

„Man weint den Strahlenschleudern nach, obwohl die noch gar nicht weg sind, und will sie durch Dreckschleudern ersetzen“, sagte **Michael Aggelidis** (Linke). Er empfand es als „zynisch“, den Bau eines Kohlekraftwerks als aktiven Beitrag zum Klimaschutz darzustellen. Dazu passe es, seitens der CDU von der Regierung zu fordern, auf das geplante neue Klimaschutzgesetz zu verzichten. Alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Vollendung des Kohlekraftwerks Datteln 4 schnellstmöglich zu erreichen, das bedeute Rechtsbruch, bezog sich der Linke auf ein Gerichtsurteil zum Baustopp. Man könne sich darüber schließlich nicht einfach hinwegsetzen und trotzdem bauen.

Man müsse den Umstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller erreichen, forderte **Umweltminister Johannes Remmel** (Grüne). Bei der Windenergie etwa habe NRW aber gegenüber anderen Bundesländern fünf Jahre verloren. Gleiches gelte beim Netzausbau. Auch bei Pumpspeicherkraftwerken habe die alte schwarz-gelbe Landesregierung nichts geleistet. Um die bundespolitische Leitentscheidung umzusetzen, bis zum Jahr 2020 fast 40 Prozent erneuerbare Energie „im Netz zu haben“, müsse man entsprechend investieren, meinte Remmel und verwies auf die Nah- und Fernwärmeschleife Rhein-Ruhr, basierend auf hocheffizienten Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung. CW

Der Antrag (Drs 15/1547) wurde einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.

Die Länder Nordafrikas ...

... und die derzeit dort stattfindenden politischen Veränderungen standen beim Antrittsbesuch des marokkanischen Generalkonsuls, Abdesselam Baita, bei Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg am 30. März 2011 im Mittelpunkt. Angesichts der Demokratiebewegungen in seinen Nachbarländern könne Marokko, das im Jahr 1956 die volle Unabhängigkeit von Frankreich und Spanien erlangte, als etwas erfahrenere Demokratie eine stabilisierende Rolle spielen, hieß es. Das Land besitzt eine konstitutionelle Monarchie. Die Nationalversammlung wird alle fünf Jahre direkt vom Volk gewählt. (Foto: Schälte)